

Kurzinformationen

zusammengestellt von Martin-Peter Houscht

Khaleda Zia: Regieren und verhandeln

Die regierende 'Bangladesh Nationalist Party' (BNP) will den zunehmenden Straßendemonstrationen der Oppositionsparteien mit einer politischen-publizistischen Offensive begegnen. Als Gegengewicht zu den Massendemonstrationen der Opposition, die das Parlament boykottiert und eine neutrale Übergangsregierung zu Wahlzeiten fordert, haben BNP-Führer selbst zu öffentlichen Kundgebungen und Demonstrationen aufgerufen. Nach Angaben aus Regierungskreisen zielt die Kampagne darauf ab, der Bevölkerung zu vermitteln, daß das Ziel der Opposition die Zerstörung der Demokratie und Stabilität im Lande sei. Wenn aber die Regierung Ziel der Angriffe der Opposition sei, so müßten diese Auseinandersetzungen - so z.B. um das Gesetz zur Stärkung der Wahlkommission - im Parlament geführt werden, doch dazu sei die Opposition offenbar

nicht bereit. Während der nächsten Wochen will nun Premierministerin Khaleda Zia mit einigen Ministern auf öffentlichen Versammlungen auftreten.

Der liberale Flügel der BNP setzt dagegen nach wie vor auf einen Dialog mit der Opposition, erfährt darin aber von der Parteiführung keine Unterstützung. Vertreter des liberalen BNP-Flügels sehen für den Fall, daß keine Verständigung mit der Opposition möglich ist, als einzigen Weg die Auflösung des Parlaments und Neuwahlen. Doch auch diese Option könnte sich für die Regierungspartei sehr schnell als Zwickmühle herausstellen: Wenn die Opposition auf ihrem bisherigen Standpunkt beharrt, wird sie Neuwahlen nämlich boykottieren, was den Wahlen die demokratische Legitimität entziehen würde. Sie wären vergleichbar mit den Wahlen von 1988 unter der Militärregierung von General Ershad. Die wichtigsten Oppositionsparteien 'Awami League', 'Jatiya Party' und 'Jamaat-i-

Islami' haben bereits angekündigt, daß sie Parlamentswahlen unter der jetzigen Regierung boykottieren wollen. Bereits der Nachwahl am 7. Juli in Bogra blieb die Opposition fern. Ein Vergleich der beiden Positionen der Opposition und der Regierung zeigt jedoch eine Annäherung, die vor allem durch Konzessionen der BNP zustande gekommen ist.

Die Opposition fordert weiterhin eine neutrale Übergangsregierung unmittelbar nach Auflösung des Parlaments, der spätestens nach 90 Tagen Parlamentswahlen folgen müssen. Aufgabe dieses Interimkabinetts, deren Mitglieder parteilos sein müssen und sich nicht um ein politisches Amt bemühen dürfen, ist es primär, alle Vorkehrungen zur Abhaltung freier und fairer Wahlen zu treffen. Nach der Vereidigung der gewählten Regierung soll es automatisch aufgelöst werden. Diese Forderung gewinnt noch an Schärfe, indem die BNP selbst den Antrag ins Parlament einbringen



Khaleda Zias Regierung wankt (Foto: Ahmed Fazl)

soll. Folge: Die BNP würde sich selbst für unfähig erklären, faire Wahlen unter ihrer Führung zu garantieren.

Die BNP scheint - nach heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen - mittlerweile dazu bereit, im Falle der Ausschreibung von Neuwahlen den Rücktritt aller Minister folgen zu lassen. Lediglich der gewählte Premierminister würde als Chef der Exekutive im Amt bleiben und die Amtsgeschäfte weiterführen. Um einen reibungslosen Wahlablauf zu gewährleisten, sieht die BNP die Einrichtung von Komitees vor, denen Richter des 'High Courts' vorstünden und deren Aufgabe es wäre, die Einhaltung der Wahlgesetze zu überwachen. Im Falle von massiven Fälschungen oder anderer gesetzwidriger Aktionen hätten diese die Macht, die Wahlen zu unterbrechen oder gar für ungültig zu erklären. Weiter wird eine personelle Aufstockung der Wahlkommission, die Ausgabe von Identitätskarten an die Wähler, eine zahlenmäßige Beschränkung der als Wahlhelfer tätigen Regierungsbeamten sowie die Verhängung harter Strafen im Falle des Amtsmißbrauch vorgeschlagen. Schließlich möchte die BNP für jeden Wahlkreis Wahlkommissare bestellen. Ein Paket an Vorschlägen liegt also auf dem Tisch, ohne das die Hauptforderung der Opposition erfüllt wäre. "Die Forderung der Opposition kann nicht akzeptiert werden, weil sie den Charakter der Verfassung grundlegend verändert", dies gab erst kürzlich Khaleda Zia auf einer Veranstaltung in Bogra bekannt. Und weiter: "Ich habe eine fünfjährige Amtszeit, die ich auch zu Ende bringen werde."

Der Weg aus der politischen Sackgasse ist demnach noch nicht gefunden. Eine gewisse positionelle Annäherung hat nicht zu einer Entspannung auf der politischen Bühne geführt, sondern, im Gegenteil, zu einer Verhärtung. Die Zeit verrinnt, eine den Namen verdienende parlamentarische Arbeit ist durch das Fehlen der Opposition derzeit unmöglich. Es scheint, als spielten alle Akteure auf Zeit - und auf Kosten der Demokratie. Schon scheinen nicht wenige in der BNP bereit, die religiöse Karte zu ziehen, die sich zwar als Trumpf in der gegenwärtigen Auseinandersetzung erweisen, aber auch das Öffnen der Büchse der Pandora ermöglichen könnte. Konkret: Die BNP möchte eine der Hauptforderungen der 'Jamaat-Islami' erfüllen und ein Blasphemie-



Khaleda Zias schärfste Rivalin: Sheikh Hasina von der 'Awami League', hier bei einer Demonstration am 3. Juli in Dhaka. (Foto: Ahmed Fazl)

Gesetz erlassen, um damit die politische Front gegen sich aufzubrechen. Daß damit auch das demokratische Haus ins Wanken geraten kann, scheint der BNP zur Zeit keine Überlegung wert.

Neues von Taslima Nasreen

Der Streit um die Frage einer neutralen Übergangsregierung hat den Weg freigemacht für einen von islamischen Extremisten organisierten Generalstreik ('Hartal') am 30. Juni. Die 'Awami League', in dieser Frage auf die Unterstützung der drittgrößten Oppositionspartei, der 'Jamaat-Islami', angewiesen, verhielt sich genauso still wie die regierende BNP. Die Regierung hofft auf eine Ablenkung der öffentlichen Meinung weg von der 'caretaker government'-Frage hin zu Taslima Nasreen beziehungsweise zu religiösen Themen.

Auslöser für die jüngste Runde an Protesten islamischer Extremisten ist die Veröffentlichung eines Taslima Nasreen Interviews, das sie der in Kalkutta erscheinenden Zeitung 'The Statesman' im Mai gab. Hierin soll sie gefordert haben, der Koran müsse umgeschrieben werden. Trotz einer Berichtigung in der gleichen Zeitung einen Tag später und der Erklärung Taslima Nasreens, sie habe lediglich eine Ergänzung des islamischen Rechts gefordert, die eine Gleichstellung von Mann und Frau ermöglichen sollte, konnte die haßerfüllte Stimmung gegen sie nicht mehr vermieden werden.

Nachdem die regierungseigene

Zeitung 'Bangladesh Times' am 4. Juni das umstrittene Interview veröffentlicht hatte, wurde die Situation explosiv. Die als Frontorganisation der 'Jamaat-i-Islami' geltende 'Sirat Majlish' verdoppelte das auf Taslima Nasreen ausgesetzte Kopfgeld auf umgerechnet 4.000 DM. Die Regierung erließ kurze Zeit später einen Haftbefehl gegen die Schriftstellerin gemäß eines Blasphemieparagrafen im Strafgesetzbuch. Der Zugriff auf sie gelang ihr jedoch nicht, Taslima Nasreen tauchte unter, angeblich hat sie mittlerweile Zuflucht in einer westlichen Botschaft gefunden.

So hat die Welle der Gewalt, die von religiösen Kreisen ausgeht, in den letzten Wochen stark zugenommen und mit dem Generalstreik am 30. Juni nur einen ersten Höhepunkt gefunden. Am 14. Juli zogen 5.000 radikale Moslems in Richtung US-amerikanische Botschaft, um die Hinrichtung der Schriftstellerin zu fordern. Erst der Einsatz von Tränengas und Wasserwerfern konnte den Protestmarsch aufhalten. Angesichts der eingangs erwähnten politischen Konstellation ist es zweifelhaft, ob ein eindeutiges politisches Signal gegen den um sich greifenden Extremismus und die Häufung von Gewaltanwendungen gesetzt werden kann.

Taslima Nasreens 'lockere' Bemerkungen zum Koran jedenfalls haben auch dazu geführt, daß ihre Anhänger auf Distanz zu ihr gegangen sind. Zwar verwerfen sie weiterhin die Militanz der Extremisten und fordern die Regierung zum

Handeln auf; die Bemerkungen der Schriftstellerin zum Koran wurde jedoch auch von ihnen als Fehler bezeichnet.

Die Haltung der Regierung, so unklar sie sein mag, begünstigt zur Zeit die extremistischen Kräfte. Dies spüren auch die Printmedien. Die einflußreiche Tageszeitung 'Jana-kantha' geriet unter Beschuß als sie an einem Beispiel aufzeigte, wie Mullahs in den Dörfern die Bevölkerung disinformieren. Zunächst wurde die korrekte Übersetzung eines Koran-Verses gedruckt, dann die falsche eines Mullahs. Obwohl die Zeitung auch die Äußerungen Taslima Nasreens kritisierte, wurde sie seitens der Extremisten der Mißinterpretation des Korans beschuldigt. Die Regierung reagierte prompt. Vier Journalisten wurden verklagt, zwei davon verhaftet. Zum ersten Mal kamen dabei die Anti-Blasphemie Gesetze gegen Journalisten zur Anwendung. Andererseits sieht sich die Regierung außerstande, etwas gegen die Initiatoren von Aufrufen in Zeitungen zu unternehmen, die die Tötung Taslima Nasreens enthalten.

Fazit: Die beiden großen Parteien BNP und 'Awami League' stärken durch ihren politischen Stellungs-

krieg die extremistischen Kräfte. Taslima Nasreen ist für sie, vor allem für die 'Jamaat-i-Islami', nur ein Mittel zum Zweck. Der besteht darin, durch Chaos und Konfusion an die Macht zu kommen und die säkularen, modernen Charakteristika der Gesellschaft Bangladeshs auszulöschen.

Reform der Gewerkschaftsbewegung angestrebt

Die Weltbank hat in einem Bericht Vorschläge unterbreitet, die helfen sollen, eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften zu erzielen und den mit 10,9 Prozent noch bescheidenen Anteil des industriellen Sektors am Bruttosozialprodukt zu erhöhen.

Der durch ökonomisch motivierte Streiks entstandene Schaden betrug 1992 zwar lediglich 3,5 Millionen DM; doch stecken in dieser Zahl nur die Arbeitsniederlegungen, welche unter die 'Industrial Relations Ordinance' fallen. Die Zahl der außerhalb dieses Rahmens liegenden, politisch motivierten Streiks, nimmt zu und wird durch die Statistik nicht erfaßt. Schuld an den zunehmenden Streiks und der damit einhergehen-

den Verschlechterung der Beziehungen zwischen den Tarifpartnern sind die engen Beziehungen der Gewerkschaften zu den Parteien. Die 1992 registrierten 4.065 Gewerkschaften in Bangladesh mit einer durchschnittlichen Mitgliederzahl von nur 400 haben sich auf nationaler Ebene in 23 Verbände zusammengeslossen, von denen 14 Beziehungen zu elf Parteien unterhalten. Viele Gewerkschaften werden zentral von Regierungsangestellten gemanagt und erweisen sich oft als nicht in der Lage, beispielsweise Forderungen nach Lohnerhöhungen durchzusetzen. Folge: Politische Parteien spannen die Gewerkschaften für ihre Zwecke ein. Gegenüber stehen sich die 'oppositionelle' Gewerkschaft und ein 'regierungseigenes' Unternehmen, keine Tarifpartner. Aus diesem Grund fordert die Weltbank eine Entpolitisierung dieses Verhältnisses, wobei eine Unternehmensprivatisierung ein Mittel zu diesem Zweck wäre. Solange der Arbeitsplatz zum Ort eines Stellvertreterkrieges zwischen Regierung und Opposition degeneriert, werden die Streiks eher noch zunehmen, wird der ökonomische Schaden beispielsweise via stagnierende oder



Juli 94: Militante Proteste islamischer Traditionalisten gegen Taslima Nasreen in Dhaka. (Foto: Ahmed Fazl)

fallende Investitionen, größer. Von einer Tarifaufonomie inklusive Schlichtungsverfahren, ist Bangladesh noch ein gutes Stück entfernt. Angesichts der augenblicklichen innenpolitischen Lage wird dies vorläufig wohl auch so bleiben.

Handelsvertrag zwischen Bangladesh und Myanmar

In Dhaka wurde von den Handelsministern Bangladeshs und Myanmars (Burma) ein Abkommen unterzeichnet, das Impulse zur Belebung des bilateralen Handels geben soll. Das 'Grenzhandelsabkommen' mit einer Laufzeit von einem Jahr mit der Möglichkeit der Verlängerung ist im Rahmen des schon bestehenden 'Allgemeinen Handelsabkommens' abgeschlossen worden. Mit dem Abkommen wird der schon seit Jahren bestehende Handel zwischen den beiden Ländern auf eine gesetzliche Grundlage gestellt.

Rohingyas

Von den 250.000 Rohingya Flüchtlingen, die seit 1991 wegen politischer und wirtschaftlicher Diskriminierung aus Burma nach Bangladesh gekommen sind, haben erst 50.000 im Rahmen eines bilateralen Repatriierungsabkommens das Land wieder verlassen. Aus Furcht vor Repressionen zieht es die Mehrheit vor, in den Flüchtlingslagern des Flüchtlingswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) auszuharren. Bangladesh ist an einer baldigen Lösung des Flüchtlingsproblems interessiert, da die Kosten hoch sind und sich die sozialen Konflikte in der südöstlichen Region des Landes zunehmend verschärfen.

Lehreraufstand beendet

Das Aktionskomitee der Lehrer hat den monatelang schwelenden, sich Mitte Juni zur Krise entwickelten Streit, zwischen Lehrerverband und Regierung für beendet erklärt, nachdem Bildungsminister Sircar von Premierministerin Khaleda Zia ermächtigt wurde, den Forderungen des Aktionskomitees zu entsprechen (siehe 'Südasiens', 4-5/94). Sit-ins sowie Hungerstreiks hatten den Druck auf die Regierung stärker werden lassen und letztlich den Ausschlag für das Nachgeben herbeigeführt. Ergebnis: Die Regierung wird voraussichtlich künftig umgerechnet 25 Millionen DM mehr für den Bildungsbereich veranschla-

gen müssen; die Lehrer werden nun wahrscheinlich auch in den Ferien unterrichten, um die vielen ausgefallenen Unterrichtsstunden zu kompensieren.

Jahanara Imam (1929-1994)

Jahanara Imam ist tot! Sie starb Ende Juni in Detroit an einem Krebsleiden. Die auch als 'Mutter der Märtyrer' bezeichnete Jahanara Imam war seit Januar 1992 Vorsitzende des 'Ghatak Dalal Nirmul Committee', einer BürgerInnenbewegung, die sich "für die Verwirklichung der Ziele der Unabhängigkeitsbewegung und für die Bestrafung der Kriegsverbrecher und Kollaborateure von 1971" einsetzt. Aufsehen erregte ein von dieser Bewegung organisiertes Tribunal gegen den bestgehaßtesten Mann des Landes, 'Jamaat-i-Islami' Anführer Golam Azam, im Suhrawardy Park in Dhaka, wo 200.000 Menschen dessen Bestrafung forderten.

Leben und literarisches Werk Jahanara Imams waren stark von den Ereignissen des Befreiungskrieges geprägt. Ihr ältester Sohn Rumi sowie ihr Mann starben während des Krieges von 1971. Ereignisse, die sie schriftstellerisch in ihrer Erzählung 'Ekatturer Dinguli' zu verarbeiten suchte. Der Krieg machte aus der in Westbengalen geborenen früheren Lehrerin und Hausfrau eine 'Mutter der Märtyrer', eine Frau, die ihren Erzfeind Golam Azam, der mit seinen bewaffneten Kräften für den Tod vieler für die Unabhängigkeit Bangladeshs einstehenden Menschen verantwortlich war, bestraft sehen wollte. Ihr Wunsch ging zu Lebzeiten nicht mehr in Erfüllung, schlimmer noch: Wenige Tage vor ihrem Ableben bestätigte ein Urteil des 'Supreme Court' das Recht Golam Azams, sich als ein Bürger Bangladeshs zu betrachten.

Hilfe für Opfer des Wirbelsturms

Obwohl der Wirbelsturm vom 2. Mai weniger Tote forderte als allgemein befürchtet wurde, ist der Schaden doch erheblich. Es bedarf großer Anstrengungen, daß die mehr als 100.000 obdachlos gewordenen Menschen in den im Süden des Landes gelegenen Bezirken Tefnaf und Ukhia wieder eine Unterkunft erhalten (siehe dazu 'Südasiens', 4-5/94). Der flache Küstenstreifen von Ukhia hat die größten Schäden zu verzeichnen. Mehr als 90 Prozent der Häuser im Jalia

Palong Kreis innerhalb des Ukhia Distrikts sind beschädigt, 35 Prozent völlig zerstört worden. Knapp 100.000 Bäume wurden entwurzelt und 60 Prozent der Ernte zerstört. Ukhia zählt zu den ärmsten Regionen in Bangladesh mit einem jährlichen Durchschnittseinkommen von umgerechnet etwas über 200 Mark, einer Analphabetenrate von 71 Prozent und einem bescheidenen Anteil der regelmäßig Beschäftigten von wenig mehr als einem Viertel.

Die betroffene Bevölkerung hat sofort mit dem Wiederaufbau begonnen. Aus verrotteten Stroh, Bananen- und Betelnußblättern konstruierte man in Gemeinschaftsarbeit provisorische Dächer, die jedoch keinen wirksamen Schutz vor den Monsunregen bieten können. Unterstützung bekommt man von 'Bangla-German Sampreeti', einer seit Anfang 1994 in Ukhia tätigen Entwicklungsorganisation und Partnerorganisation des in Wetzlar beheimateten Hilfswerk NETZ. 5.000 Häuser sollen gebaut, 12 Schulen repariert und 200 Kredite für einkommensschaffende Selbsthilfeprojekte gewährt werden. Damit die Arbeit nachhaltig sein kann, sind weitere Spenden notwendig (Hilfsfonds der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Kontonummer 208 800 06, Volksbank Rottenburg/N, BLZ 641 922 20, Verwendungszweck 498 2002 - Katastrophenhilfe Bangladesh).

'Flood Action Plan'

Das norwegische Außenministerium hat im Rahmen einer Vereinbarung mit dem Londoner 'Institut für Umwelt und Entwicklung' (IIED) eine Studie finanziert, die sich mit Fragen des Managements von Wasser in Bangladesh befaßt. Die Studie, die das IIED in Zusammenarbeit mit dem 'Forschungs- und Beratungsdienst' (RAS) in Bangladesh durchgeführt wurde, diskutiert die möglichen ökologischen Auswirkungen des 'Flood Action Plan' (FAP) in Bangladesh und konzentriert sich auf die unterschiedlichen Akteure, die in den FAP involviert sind. Die Studie (94 Seiten in englischer Sprache) kann über das Department of Development Cooperation Programmes, Royal Ministry of Foreign Affairs, P.O. Box 8114 DEP, N-0032 Oslo, Norwegen, bezogen werden.